



Antrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer** und
Fraktion (AfD)

Chinas Konfuzius-Institute: Zusammenarbeit mit Außenposten von Pekings Propaganda beenden

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Zusammenarbeit mit den im Freistaat Bayern angesiedelten Konfuzius-Instituten in Ingolstadt, Nürnberg-Erlangen und München zum Wintersemester 2021/2022 aufzukündigen sowie etwaige Verträge, die eine Kofinanzierung der Institute auf Kosten der Steuerzahler garantieren, zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu beenden.

Begründung:

Zu Beginn des Aufbaus der Konfuzius-Institute im Jahr 2004 ging es möglicherweise wirklich nur um Tee-Zeremonien, Scherenschnitte, chinesisches Essen, Sprache, Kultur, etc.

Doch was zunächst als Sprach- und Kulturvermittlung gedacht war, hat längst eine politische Ausrichtung, wie es im chinesischen Staatsfernsehen verkündet wurde: „Die Institute dienen dem Aufbau einer sozialistischen Kultur und der Diplomatie chinesischer Prägung“, so die offizielle Verlautbarung der Parteiführung im Jahr 2018.

Die Institute stehen daher zunehmend in der Kritik – als verlängerter Arm chinesischer Propaganda. Allein in Deutschland sind 19 Konfuzius-Institute beheimatet, viele davon sind direkt an den Universitäten angesiedelt. In Bayern sind es die Institute in Ingolstadt, Nürnberg-Erlangen und München.

Der hochschulpolitische Sprecher der FDP im Bundestag, Jens Brandenburg, stößt sich an dem China-Bild, das die Konfuzius-Institute vermitteln: „Wenn kritische Themen wie die massiven Menschenrechtsverletzungen durch das chinesische Regime, auch die Tibet-Frage, Taiwan, die Uiguren-Verfolgung und vieles mehr, systematisch ausgeblendet werden, dann zeichnet das doch ein sehr einseitiges Bild des Volkes, des Landes, auch der Kultur. Und das ist eine Einflussnahme, eine gewisse Zensur, die man im deutschen Hochschulraum nicht akzeptieren sollte“, so Brandenburg.¹

Rein formal sind die Institute neuerdings einer chinesischen Stiftung unterstellt – doch das Geld kommt von der Regierung in Peking. Die Sprachlehrkräfte sind aus China. Für die Partneruniversitäten lohnt sich das – sie sparen eigene Lehrkräfte.

Doch das Risiko der Einflussnahme ist einigen Universitäten mittlerweile zu groß, zumal die Bundesregierung warnt, die Institute seien Instrumente in Chinas Soft-Power-Strategie. So haben die Universitäten in Hamburg und Düsseldorf ihre Zusammenarbeit mit den Konfuzius-Instituten bereits aufgekündigt. FDP-Politiker Jens Brandenburg fordert

¹ <https://www.br.de/nachrichten/kultur/chinas-konfuzius-institute-aussenposten-von-pekings-propaganda>, SVftSDN (letzter Zugriff am 11.05.2021).

alle Universitäten auf, die Kooperationen zu beenden: „Ich glaube, man sollte seitens der deutschen Hochschulen und der Wissenschaften nicht kapitulieren vor den finanziellen Anreizen, die die Kommunistische Partei ja sehr bewusst setzt. Der politische Auftrag in Deutschland ist ja vor allem, die finanziellen Mittel dafür bereitzustellen, dass die Hochschulen ausreichend ausgestattet sind, dass sie auch eigene Sprachkurse anbieten können, ohne auf die chinesischen Gelder angewiesen zu sein.“²

Um einen weiteren Einfluss fremder Mächte an bayerischen Hochschulen zu verhindern, sind die Kooperationsverträge mit den drei Konfuzius-Instituten mit Beginn des Wintersemesters 2021/2022 zu beenden.

Des Weiteren ist es nicht vertretbar, dass der Steuerzahler mit seinen Abgaben Verträge unterstützt, die der Kofinanzierung chinesischer Propaganda dienen. Zumindest am Standort Nürnberg-Erlangen scheint dies der Fall zu sein. In einem Informationsgespräch über die Arbeit des Konfuzius-Instituts in Nürnberg-Erlangen mit dem Vorsitzenden des Kuratoriums, Herrn Dr. Günther Beckstein, bayerischer Ministerpräsident a. D., äußerte sich dieser laut Protokoll wie folgt:³

„Wirtschaftliche Abhängigkeit bestehe sowohl zum Freistaat Bayern, der Stadt Nürnberg, als auch der Hanban,⁴ auch beteilige sich Siemens mit einer gewissen Summe. Die angemieteten Räumlichkeiten wären seinerzeit ohne Übernahme der Mietkosten durch die Stadt Nürnberg und den Freistaat Bayern nicht finanzierbar gewesen. [...] Abschließend plädiert Dr. Beckstein dafür, durchaus Steuergelder für die Kooperation mit einem Land einzusetzen, dessen weltpolitische Bedeutung in den nächsten Jahren weiter rasant zunehmen werde.“

Die Äußerungen des Vorsitzenden des Kuratoriums lassen keinerlei Interpretationsspielraum hinsichtlich der Finanzierung der Institute zu. Es besteht dringender Handlungsbedarf, beginnend mit der Auflösung der Verträge zur Kofinanzierung von Seiten des Freistaates zum nächstmöglichen Zeitpunkt.

² Ibid.

³ Protokoll vom 23.06.2020 des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen.

⁴ Außenpolitische Kulturorganisation, die dem chinesischen Propagandaministerium unterstellt ist.